Herborner Tageblatt.

Herborner Anzeiger. Amtsblatt der Stadt Herborn. Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktage. Bezugspreis: Monatlich 3.10 Mk. ohne Bringerlohn. | Druck und Verlag: J. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn. | Inserate: Die mm-Zeile 25 Pfg. Fernruf 20. — Postscheckkonto: Frankfurt/M. No. 17518.

Nr. 205. Herborn, Mittwoch, den 1. September 1920. 77. Jahrgang.

Kurze Tagesrundschau.

* Frankreich hat in Berlin eine Note mit einer schweren Schadenersatzforderung wegen der Vorgänge in Breslau überreichen lassen.

* Die Entente verlangt von Deutschland für die zerstörte Bibliothek in Löwen die Hergabe der deutschen Bücherei in Louvain, was von der Reichsregierung aber abgelehnt wurde.

* Der Beamtenstreik im Saargebiet hat mit der bedingungslosen Wiederaufnahme des Dienstes geendet.

* Aus Marienwerder wird ein neuer polnischer Übergriff gegen die deutsche Überleitungskommission in Thorn und Schwetz gemeldet.

* Der Hungerstreik des irischen Bürgermeisters von Cork hat Erfolg gehabt. Er ist aus der Haft entlassen worden.

* Die russische Rote Armee hat ihre Umgruppierung beendet und zu einem neuen Stoß gegen Polen angesetzt.

* Nach Meldungen aus Moskau haben die Roten Truppen einen beträchtlichen Erfolg über General Wrangel davongetragen.

* Aus Sowjetrußland laufen zahlreiche Nachrichten über politische Unruhen ein.

Größenwahn.

Den Polen ist der Kamm wieder mächtig geschwollen. Es war ja vorauszusehen, daß nach den militärischen Erfolgen der französischen Führung und Ausrüstung — die modernen Kriege sind ja zum Teil Maschinenkriege — die polnischen Ansprüche sich steigern und die bolschewistischen Friedensbedingungen wenig Aussichten auf glatte Annahme haben würden. Immerhin durfte man glauben, daß die Rücksicht auf die allgemeine europäische Lage, auf die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des noch gar nicht konsolidierten, noch in den Geburtswehen befindlichen polnischen Staates, die Rücksicht auf die Großmächte, namentlich auf England, das sich schon einmal recht unzweideutig gegen übertriebene polnische Ausdehnungsbestrebungen gewandt und durch den Minister Curzon die bekannte Grenzlinie vorgezeichnet hatte, die heute leitenden polnischen Kreise und Staatsmänner zur Vorsicht und Mäßigung veranlassen würde. Aber es zeigt sich wiederum das Schauspiel, das wir schon im Verlauf des Weltkrieges wie im Gange der polnischen Geschichte überhaupt an der polnischen Politik wahrzunehmen haben: kaum glauben sich die Polen irgendwo erfolgreich, dann offenbart sich immer wieder der unbegreifbare polnische Hochmut und Größenwahn, dann wachsen die Ansprüche ins Ungemessene, sie verlieren das Gleichgewicht und jedes Maß für die Realitäten des Lebens, und das Ende muß naturgemäß immer wieder ein Rückschlag und eine schwere Enttäuschung sein. Kennzeichnend für Polen sind auch die Mittel einer durchaus entarteten Diplomatie, mit der die polnische Staatskunst jetzt operiert: nämlich mit Verdrehungen, Entstellungen und Verleumdungen. So hat jetzt die polnische Delegation in Minsk die Verhandlungen mit den Sowjetvertretern unter dem Vorwand abgebrochen, daß die polnischen Friedensunterhändler angeblich beleidigt wurden, indem sie in einem Journal des bolschewistischen Oberkommandos an die Bevölkerung als „Kundschafter und Spione" bezeichnet wurden. Außerdem soll der Mast der polnischen Funkenstation in Minsk „unter verdächtigen Umständen" zerbrochen sein, und deshalb werden die Lebensbedingungen der polnischen Abgesandten in Minsk überhaupt als „skandalös" bezeichnet. Wahrscheinlich finden die Polen in Minsk kein Nachtleben im Pariser Stil und können nicht in üppigen Diners schwelgen, sondern müssen sich mit einigen frugalen Gängen begnügen und sich mit den Hühnern zu Bett legen. Das ist für die polnischen „Sieger" eine schmerzliche Entbehrung.

Jedenfalls sieht man allen diesen Einwendungen schon von weitem an, daß sie übertriebene Vorwände sind zu dem durchsichtigen Zweck, einen stichhaltigen Grund zum Abbruch der Verhandlungen zu geben. In der Tat hat denn auch der polnische Minister Sapieha unter Berufung auf die oben geschilderten „unerträglichen Verhältnisse" in einem Telegramm an Tschitscherin die Verlegung der Friedensverhandlungen nach Riga vorgeschlagen. Die polnischen Unterhändler sind bereits von Minsk abgereist, auch die Russen haben sich infolgedessen nach Hause begeben. Tatsächlich sind also die russisch-polnischen Friedensverhandlungen praktisch abgebrochen. Angeblich sollen sich Polen und Russen bereits geeinigt haben, die Verhandlungen nicht in Riga, sondern in Warschau fortzuführen, und zwar sollen die beiderseitigen Unterhändler schon am 1. September in der polnischen Hauptstadt zusammentreten. Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß die Bolschewisten, die ja wiederholt betont haben, daß sie einen ehrlichen Frieden mit dem polnischen Volk erstreben, auch Warschau als Verhandlungsort annehmen, immerhin wird man, selbst wenn sich diese Absicht bestätigen sollte, abwarten müssen, was praktisch dabei herauskommt und ob nicht die Russen in Warschau dieselbe Taktik des Hinausziehens und der Verschleppung betreiben wie die Polen in Minsk.

Die allgemeine Lage ist somit im Augenblick durchaus unklar und die weitere Entwicklung in der Hauptsache von den militärischen Plänen und Aussichten der beiden Gegner abhängig. Die Nachrichten sowohl aus Paris wie aus Polen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Entente Polen militärisch vollkommen freie Hand läßt, ihrem weiteren militärischen Vorrücken keinen Widerstand entgegensetzt und die Polen auch weiterhin offen und insgeheim auf dem Wege über Danzig und sonstwo militärisch durch Waffensendungen und kleinere Hilfskorps unterstützt. Von der internationalen Arbeiteraktion, auf die man in Polen so große Hoffnungen gesetzt, ist es wieder still geworden . . . Es wird sich also fragen, ob die Bolschewisten in der Lage sind, eine neue Offensive zu unternehmen und die Polen derart in Schach zu halten, daß die Diplomatie der Westmächte ein Einlenken für ratsam hält und ihren polnischen Schützling zurückpfeift. Die englische Regierung hat sich wiederum auf die Taktik des Abwartens verlegt und hält eine weitere Aktion gegen die Russen nicht für notwendig. Krassin und Kamenew bleiben nach wie vor in London und verhandeln dort angeblich über russisch-englische Handelsbeziehungen. In Wirklichkeit werden sie wohl einen Wink bekommen haben, in London zu bleiben, um einen gangbaren Weg der Verständigung zu finden für den Fall, daß nicht neue überraschende Erfolge der Polen oder der Russen die ganze Lage wieder verändern. Für Lloyd George und die englische Politik wäre ja der offene Bruch mit den Bolschewisten, wie die Stimmung in englischen Arbeiterkreisen nun einmal ist, in mancher Beziehung peinlich und jedenfalls für seine Kreise der inneren und der äußeren Politik störend, und auch die Russen dürften zunächst keinen Anlaß sehen, offiziell mit England zu brechen, so klar sie auch die zweideutige Politik Englands durchschauen.

Nach den neuesten Nachrichten ist die bolschewistische Armee umgruppiert und nimmt die Offensive wieder auf. Die Bolschewisten melden auch bereits neue Erfolge. Das sind vielleicht nur taktische Manöver aus politischen Gründen, genau wie die polnischen Übertreibungen ihres Vordringens. Jedenfalls müssen die nächsten Tage schon Klarheit bringen einerseits über die Friedensabsichten der Polen und ihrer westlichen Beschützer, anderseits über das militärische Vermögen der Bolschewisten. Soweit man nach den vorliegenden Anzeichen urteilen kann, sieht es nicht so aus, als ob der Friede im Osten schon unmittelbar vor der Tür stünde.

Die neue Russenoffensive.

Kämpfe um Bialystok und Brest-Litowsk.

Der russische Rückzug ist zum Stehen gekommen. Und nicht nur das, die Rote Armee setzt zum erneuten Angriff gegen Polen an. Die schon vor Tagen in Paris und Warschau in dieser Hinsicht geäußerten Besorgnisse finden somit ihre Bestätigung. Ein Funkspruch aus Moskau meldet über die neuerlichen Geschehnisse:

„Die russische Armee ist jetzt umgruppiert und nimmt die Offensive wieder auf. An verschiedenen Punkten hat sie Boden gewonnen. Bei Bialystok und Brest-Litowsk, auch in Galizien sind einige Erfolge errungen worden." Die polnischen Nachrichten über die zahlreichen Verluste der Russen sind frei erfunden. Es ist klar, daß es während des Rückzuges schwierige Momente gab, aber die russischen Abteilungen, die in Gefahr waren, konnten entkommen."

Auch die Polen sind in der Umgruppierung begriffen. In der Linie Grajewo—Ossowiece—Bialystok—Brest-Litowsk sind nur polnische Vorhuten in der Richtung Grodno, Kolkowsk und Kobrin vorgestoßen. Südöstlich Cholm sind Kämpfe im Gange. Nördlich der galizischen Grenze schreitet die Offensive des Generals Budjenny in der Richtung auf Zamosze vor. Huzwatluß ist überschritten. In der Gegend von Lemberg spielen sich Kämpfe mit wechselndem Erfolg ab. Reisende aus Kowno teilten mit, daß Bialystok bereits seit Donnerstag von den Russen besetzt sein soll; man wird diese Nachrichten zunächst aber mit Vorsicht aufnehmen müssen.

Polens Gegenvorschläge.

Die polnischen Gegenvorschläge zu den einzelnen Punkten der Friedensbedingungen besagen u. a.:

Zu Punkt 1: Die Sowjetregierung muß die Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkennen. Es ist selbverständlich, daß Polen sein innerpolitisches Leben ganz selbständig ohne Einmischung anderer Staaten organisieren kann.

Zu Punkt 2 macht Polen folgenden Vorschlag: Keiner der Staaten braucht die Kriegskosten zu ersetzen. Die polnische Delegation betont, daß das polnische Element weit über die vorgeschlagene Grenze und über die Ostgrenzen Polens reicht. Die Kraft dieses Elements muß unbedingt in Betracht gezogen werden. Gleichzeitig halten wir es für unsere Pflicht, dem Volke, das das Territorium zwischen den beiden Staaten bewohnt, in seinen politischen Angelegenheiten freie Hand zu lassen.

Zu Punkt 3: Die Absicht, Polen die Verpflichtung der Heeresverminderung aufzuerlegen, wird als eine Entwürdigung des polnischen Volkes kategorisch zurückgewiesen. Rußland folge augenscheinlich mit vollem Bewußtsein dem Beispiel der Politik Peters des Großen und Katharinas II., einer Politik, die dieselben Forderungen stellte und zu dem Verbrechen der Teilung führte. Es fehle uns um so mehr in Staunen, weil es doch der Welt bekannt ist, daß das Sowjetregime den Militarismus auf die höchste Entwicklungsstufe gebracht hat und nicht die geringsten Absichten zeigt, ihre eigene Wehrmacht zu beschränken.

Zu Punkt 10: Polen behält sich das Recht vor, allein an der Grenze ein Heer von 200 000 Mann zu halten . . . Für Polen wird es dann erst möglich sein, an die Demobilisation zu denken, wenn diese sich in ganz Europa verwirklicht, was Polen, als ein echt demokratisches Reich, schon lange heiß ersehnt hat. Die Vorschläge bezüglich der Ergänzung des Heeres durch Arbeitermilizen würden einen völligen Umsturz der Basis der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens herbeiführen und können als solche überhaupt nicht in Betracht gezogen werden.

Zum Schluß erklärt die polnische Regierung: „Entsprechend den vorhergehenden Ergebnissen kann die polnische Regierung unter keinen Umständen zu einer einseitigen Verpflichtung der Demobilisation ihre Einwilligung geben. Das einzig richtige wäre, daß beide Seiten gleichzeitig demobilisieren, und zwar sofort nach dem Friedensschluß."

Polnische Übergriffe.

Verhaftung von deutschen Beamten.

Nach Berichten aus Marienwerder wurden vor einigen Tagen die beiden deutschen Überleitungskommissare in Schwetz und Thorn, die Organe des Reichs- und Staatskommissars sind, verhaftet.

Die Verhaftung des Schwetzer Überleitungskommissars geschah angeblich unter Spionageverdacht. Der Kommissar wurde nach der Starostei gebracht, wo er seinen ebenfalls verhafteten Sekretär vorfand. Dieser wurde wieder freigelassen. Der Überleitungskommissar blieb bis zum nächsten Tage in Untersuchung und durfte Schwetz nicht verlassen. Erst auf Intervention des Starosten wurde er am folgenden Tage wieder freigegeben, doch mußte er Schwetz alsbald verlassen. Der deutsche Überleitungskommissar aus Thorn wurde bei einer Dienstreise nach Marienwerder in Roggenhausen aus dem Zuge heraus verhaftet. Einem polnischen Beamten war ein versiegelter Brief aufgefallen, den der Überleitungskommissar bei sich führte. Trotzdem er den Beamten auf die Bestimmungen des Beuthener Abkommens und des von ihm mitgeführten polnischen Ministerpasses hinwies, wonach er berechtigt sei, amtliche Schriftstücke bei sich zu führen, und anheimstellte, Kenntnis von dem Inhalt des Briefes zu nehmen, verhaftete ihn der Beamte. Der Kommissar wurde darauf nach Graudenz zurückgebracht. Dort erkannte der Starost, dem er auf Verlangen vorgeführt wurde, den geschehenen Übergriff an und stellte ihm neue Ausweise aus. Auf dem Bahnhof wurde der Kommissar jedoch sofort erneut von Bürgerwehrleuten verhaftet, welche den Ausweis des Starosten als nicht ausreichend befanden. Der Bitte, dem Starosten vorgeführt zu werden, wurde nicht stattgegeben. Statt dessen wurde der Kommissar in eine Kaserne gebracht, wo er die Nacht in einer Arrestzelle eingesperrt verbringen mußte. Erst am nächsten Morgen wurde er einem Offizier des Generalkommandos vorgeführt, der ihn sofort freiließ. Daraufhin sandte der Starost den Kommissar zum Zwecke der Fortsetzung seiner Reise nach Marienwerder in seinem Dienstauto und in Begleitung des Kreiskontrolleurs bis an die deutsche Grenze. Von Marienwerder aus geschah die Zurücksendung des Kommissars nach Thorn persönlich durch den polnischen Generalkonsul in dessen Automobil.

Sühneforderung für Breslau.

Außerordentlich drückende Bestimmungen.

Am Dienstag hat der französische Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amte eine Note überreicht, die die Sühneforderungen Frankreichs wegen der Ausschreitungen gegen das französische Konsulat in Breslau enthält. Anschließend daran fand eine Kabinettssitzung statt.

Über den Inhalt der Note fehlen zuverlässige Angaben. Was die Berliner Stellen über die französischen Forderungen wissen, beruht auf den Mitteilungen, die der Generalsekretär im französischen Ministerium des Äußern, Paleologue, dem deutschen Vertreter in Paris bei dessen ersten Besuch in seiner Eigenschaft als Botschafter machte. Danach handelt es sich um Forderungen, die als außerordentlich drückend betrachtet werden. Die leitenden Stellen scheinen die deutsche Öffentlichkeit auf schwere Dinge vorbereiten zu wollen.

Über die Vorgänge in Paris wird gemeldet: Der neu ernannte deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer begab sich zum Generalsekretär des Ministeriums des Äußern, um ihm offiziell die Übernahme der Leitung der Botschaft mitzuteilen. Die Besprechung wendete sich auch den Vorgängen im französischen Konsulat in Breslau zu, und es wurden dem deutschen Botschafter die Sühnemaßnahmen und Genugtuungen mitgeteilt, die die französische Botschaft in Berlin zu verlangen beauftragt ist. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß eine rasche und vollständige Erledigung der Angelegenheit notwendig sei.

Arbeitsaufnahme in Oberschlesien.

Das Leben in den von Unruhen getroffenen Gebieten hat wieder seinen ordnungsmäßigen Verlauf genommen. Die Arbeit ist durchweg im Gange. Welchen materiellen Schaden die Augustereignisse, abgesehen von sonstigen Weiterungen, in Oberschlesien angerichtet haben, ist noch nicht zu übersehen, doch wird man mit außerordentlich hohen Zahlen rechnen müssen. Fordern doch die Polen für ihren Schaden in Kattowitz von der Stadt allein 6 Millionen Mark.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ **Sedan und die Reichswehr.** Das Heeresverordnungsblatt veröffentlicht nachstehende Kundgebung des Chefs der Heeresleitung, Generalleutnants v. Seeckt: „Wir gedenken heute des Tages von Sedan der Taten unserer Väter und Vorgänger von fünfzig Jahren. Nicht lauter Festesjubel ziemt in dieser Zeit der schweren Not. Wir begehen den heutigen Tag: in dem stolzen Bewußtsein, der Väter wert gewesen zu sein, in der stillen Hoffnung auf Deutschlands Zukunft, in dem besten Willen, den Geist, der einst nach Sedan uns über hundert Schlachtfelder des Westens und Ostens führte, in der Reichswehr und im Volk lebendig zu erhalten."

✦ **Polnische Neutralitätsverletzung.** Vor einigen Tagen betrat eine polnische Patrouille deutsches Gebiet südlich von Willenberg. Hierbei kam es bei Burdulla zu einem Zusammenstoß mit einer Wache der Grenzpolizei. Es entstand ein kurzes Gefecht, in dessen Verlauf ein Grenzpolizist verwundet wurde.

✦ **Das Streikrecht der Beamten.** Auf deutschnationale Anfragen in der preußischen Landesversammlung und in der Nationalversammlung hat die preußische Staatsregierung eine Antwort dahin erteilt, daß in der Frage des Streikrechts der Beamten die Erklärung vom 20. Februar 1920 nach wie vor maßgebend sei. Sie lautet im wesentlichen: „Bei der Eigenart des Beamtenverhältnisses (Anstellung auf Lebenszeit, gesetzliche Regelung des Ruhegehalts und Hinterbliebenenfürsorge) bricht ein Beamter, der streikt, seinen Eid

und verletzt die Amtspflicht, die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als unentschuldigtes Fernbleiben vom Amte dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Diensteinkommens verlustig geht, auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen. Dadurch werden keine berechtigten Interessen der Beamten verletzt, denn ihnen stehen andere Mittel als der Streik zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Die Auffassung der preußischen Staatsregierung in dieser Frage deckt sich mit der der Reichsregierung."

+ **Die Danziger Hafenarbeiter geben nach.** In einer Vertrauensmännersitzung der Danziger Hafenarbeiter wurde beschlossen, sich den Danziger Eisenbahnern anzuschließen und sämtliche Ausladungsarbeiten gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages auszuführen. Zunächst wird über dieser Beschluß der gesamten Hafenarbeiter eine Urabstimmung stattfinden.

+ **Gemeinsames Obergericht für Danzig und Memel.** Am 30. August 1920 ist vom Oberkommissar Sir Reginald Tower das Abkommen über die Einsetzung eines vorläufigen Obergerichts für Danzig und Memel unterzeichnet worden. Für Memel hat General Odry gegengezeichnet. Das Abkommen regelt auch die Besoldung der Richter, Teilnahme der Rechtsanwälte sowie die Frage der anteiligen Kosten.

+ **Zu den Breslauer Krawallen.** Nach Meldungen aus Breslau hat der Regierungspräsident für die Ermittelung der Personen, die als Rädelsführer, Teilnehmer oder Plünderer bei den jüngsten Vorgängen im polnischen und französischen Konsulat in Betracht kommen, eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt, deren Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges vorgenommen werden soll.

Schweiz.

× **Bundesbahnen und Waffentransporte.** Das schweizerische Eisenbahndepartement hat im Einverständnis mit dem Bundesrat das Begehren des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes auf Einsetzung von Personalkommissionen für die Überwachung der internationalen Transporte abgelehnt. In Übereinstimmung mit seiner bisher befolgten Taktik läßt der Bundesrat den Durchtransport von Waffen und Munition nicht zu. Die dadurch notwendige Untersuchung des Inhalts der Züge ist vom Bundesrat angeordnet worden. Sie hat ausschließlich durch das dazu bestimmte Personal der Zoll- und Bahnverwaltung zu erfolgen. Irgendwelche weiteren besonderen Maßnahmen könne der Bundesrat nicht zugestehen.

Großbritannien.

× **Heftige Kämpfe in Mesopotamien.** Das englische Kriegsamt gibt über die Lage in Mesopotamien bekannt: Die Stämme im Gebiet von Ramadi und Faliujal nehmen jetzt endgültig eine feindselige Haltung an. Aus dem Gebiet von Samarra kommen Berichte über wachsende Unruhen. Die Eingeborenenstämme halten noch immer die Städte Bakuba und Scheraban besetzt. Die Lage im Gebiet von Nuntefik zwischen Tigris und Euphrat wird immer bedenklicher. Die Lage um Samawah herum gibt auch Anlaß zu Besorgnis. Hillah wurde wiederum von einer Streitmacht von 1500 Mann angegriffen; diese wurden durch heftiges Artilleriefeuer zurückgeschlagen.

× **Der autokratische Bolschewismus.** Die englische Arbeiterabordnung, die kürzlich aus Rußland zurückgekehrt ist, hat den Schlußteil ihres Berichtes über die russischen Zustände veröffentlicht. Darin heißt es u. a.: Die individuelle Freiheit und die Freiheit der Rede und der Propaganda sind in allen Fällen, wo sie eine Bedrohung für das Sowjetregime bildet, streng eingeschränkt. Die Arbeit ist auf Grund sehr strenger Disziplin organisiert. Den russischen Bauer hat man für den Sozialismus nicht gewonnen.

Vom Tage.

Die nächste Ernährungskonferenz.

Berlin. Die Tagesordnung für die nächste Konferenz der deutschen Ernährungsminister enthält: 1. Der Übergang aus der gebundenen in die freie Wirtschaft bei Kartoffeln und Fleisch. 2. Die künftige Zuckerwirtschaft. 3. Die Regelung des Verkehrs mit Bier. 4. Fragen der Brotbewirtschaftung, insbesondere des Ausmahlungsgrades und der Kopfration sowie der von den selbstbewirtschaftenden Kommunalverbänden an die Reichsgetreidestelle abzuführenden Zuschläge gemäß Art. 2 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920. 5. Maßnahmen zur Verhütung von Preistreibereien aus Anlaß der Lockerung der Zwangswirtschaft, insbesondere Ausgestaltung der Preisprüfungsstellen. Eintreten der Landwirtschaft für Einhaltung bestimmter Richtpreise auf den freigegebenen Gebieten.

Was Frankreich als Sühne verlangt.

Berlin. Von zuverlässiger Seite verlautet, die Sühneforderungen der französischen Regierung für Breslau seien äußerst drückend und gingen viel weiter als diejenigen bei der Berliner Flaggenaffäre. In parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß das Reichskabinett in der Lage sein werde, allen Teilen der Note seine Zustimmung zu geben. Die Note weist besonders darauf hin, die Breslauer Polizei habe außer der Aussetzung einer Belohnung von 3000 Mark nichts getan, um dem französischen Konsulat Genugtuung zu verschaffen. An den Ausschreitungen seien nicht nur Deutschnationale, sondern auch Kommunisten beteiligt gewesen, die der Polizei bekannt sein müßten.

Vorschriften für das Reichsnotopfer.

Berlin. In diesen Tagen kommen die Besprechungen über die allgemeinen Bewertungsvorschriften für die Steuerveranlagung des Reichsnotopfers zum Abschluß. Nach Feststellung der endgültigen Fassung wird die Bekanntgabe noch in der laufenden Woche erfolgen. Die Frist für die Einreichung der Steuererklärungen zum Reichsnotopfer endet mit dem 30. September und wird eine weitere Verlängerung nicht erfahren.

Besseres Bier.

München. Für Bayern wird mit einem Kontingent von 30 % der Friedensgerstenbelieferung bestimmt gerechnet, so daß Bayern in die Lage käme, 8%iges Bier zu liefern. Die norddeutschen Brauereien verlangen die Gleichstellung mit Bayern in der Rohstoffversorgung.

Die Waffenabgabe in Bayern.

München. Die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehren fordert ihre Mitglieder auf, entsprechend den Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz die Waffen nicht eigenmächtig abzuliefern oder anzuzeigen, sondern die Anmeldung der Waffen ausschließlich der Landesleitung zu überlassen.

Die Schlacht bei Minsk.

Warschau. Ein Hilfskorps, das von Trotzki in der Richtung von Mlawa ins Gefecht geworfen wurde, traf dort zu spät ein und konnte nichts mehr erreichen. Es zog sich auf das bei Minsk stehende russische Hauptheer zurück. An diesem Punkt wird voraussichtlich auch die Entscheidungsschlacht stattfinden.

Kamenew geht an die Front.

London. Der hiesige Vertreter Sowjetrußlands, Kamenew, ist nach Rußland zurückberufen worden. Er geht als Oberkommissar der gesamten Armee an die Front.

Verschiedene Meldungen.

Paris. Man erklärt von unterrichteter Seite, daß weder Lloyd George den Wunsch geäußert habe, in Aix-les-Bains mit Giolitti und Millerand zusammenzutreffen, noch daß Millerand den englischen Ministerpräsidenten ersucht habe, bei dieser Zusammenkunft zugegen zu sein.

Paris. Amtlich wird festgestellt, daß die Gerüchte über eine Abmachung zwischen Frankreich und General Wrangel, über die in der britischen Presse verschiedentlich berichtet wurde, falsch sind. Sie stammen von bolschewistischen Propagandisten her.

Paris. Millerand wird bei seiner Reise in das Rheinland von Foch begleitet sein.

Paris. Nach einer Meldung aus London ist es in Belfast verschiedentlich zu richtigen Schlachten gekommen, an denen öfter bis zu 500 Personen beteiligt waren. In den letzten 24 Stunden wurden 18 Personen getötet und 200 verwundet.

Paris. „Populaire" beschäftigt sich im Leitartikel mit der Abschaffung der Militärdienstpflicht in Deutschland und nennt sie den größten Sieg, den Deutschland bisher davongetragen habe, und der um so größer sei, als es ein Sieg über sich selbst sei.

Madrid. Das Kabinett ist zurückgetreten. Ministerpräsident Dato begab sich zum König, um mit diesem die Lage zu besprechen.

Konstantinopel. Man meldet, ein neues Massaker von 400 Armeniern in Boli (Anatolien). Männer, Frauen und Kinder, die sich in einer Kirche eingeschlossen hatten, sind dort von einer Kurdenbande erschossen worden.

Newyork. Gompers und die sogenannte Vereinigung der Parteilosen veröffentlichen einen Aufruf, in dem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufgefordert werden, für Cox zu stimmen.

Überflüssige Gehaltsempfänger.

Dr. August Müller gegen die Beamtenüberflutung.

Der frühere Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. August Müller, Angehöriger der Mehrheitssozialdemokratie, wendet sich in einer längeren Veröffentlichung gegen die eingerissene „Überbureaukratie". Er stellt fest, daß Tausende von Beamten und Angestellten der Kriegsgesellschaften usw. ihre Bezüge ohne nützliche Tätigkeit erhalten, lediglich aus der Befürchtung heraus, weil sie die Belastung des Arbeitsmarktes fürchtete, wenn diese überflüssigen Kräfte dem freien Erwerbsleben zurückgegeben würden.

Unglaubliche Fälle in den Kriegsgesellschaften.

Müller führt u. a. als geradezu grotesken Fall an, daß die Kriegsmetallgesellschaft A.-G. in Berlin ein großes Gebäude benutzt zur Verwaltung von Warenbeständen im Werte von 100 Millionen Papiermark, was bei den jetzigen Metallpreisen etwa acht bis zehn Millionen Goldmark ausmacht. Diese Kriegsmetall-A.-G. hat also ungefähr ebenso viel Bestände, wie ein mittlerer Großbetrieb, die er mit 35 Leute verwalten läßt. Die Kriegsmetall-A.-G. hat aber über 700 Angestellte, darunter 21 in leitender Stellung. Hätte man die Verwertung der Bestände einem geschäftsbranchekundigen Kaufmann überlassen, so würde er wahrscheinlich in einem halben Tag die Bestände verwertet haben, das Fortbestehen der Gesellschaft überflüssig gemacht haben. Müller führt weitere krasse Fälle an, so daß man bei einzelnen Kriegs-Gesellschaften, in denen kaum etwas zu tun ist, sogar den Abbau der vielen Telephonanschlüsse verlangt mit der Begründung, die Tatsache des Unbeschäftigtseins dürfe im Interesse des Personals nicht bekannt werden, geißelt die in dem System verborgene

versteckte Arbeitslosenunterstützung,

bezeichnet sie als solche Kosten, mit denen wir uns etwas vorlügen und fährt fort:

Wer arbeitslos ist, soll genügend unterstützt werden, er soll als Arbeitsloser erkennbar sein. Manche heute hochgeschleppten Arbeitskräfte werden anderwärts gesucht, könnten nützliche Arbeit leisten, wenn sie durch Entziehung vor den Zwang gestellt würden, sich um Arbeit zu bemühen. Die bedeutsamste Konsequenz des Durchschleppens überflüssiger Arbeitskräfte in den Behörden liegt auf moralischem Gebiete. Das unbeschäftigte Herumsitzen, das nicht seltene Zeittotschlagen durch die Ausführung unnützer Arbeiten wirkt nicht nur nachteiliger auf den Betroffenen als etwa der Bezug rechtlich gewährter Arbeitslosenunterstützung; auch der ganze Verwaltungsapparat wird durch diese Dinge unsauber, er verliert an Achtung in der öffentlichen Meinung, und die Neigung zur Korruption wird gestärkt. Neben dem moralischen fordert selbstverständlich auch das finanzielle Bedürfnis der öffentlichen Körperschaften die Schaffung eines möglichst kleinen Beamtenheeres und die Überwindung der Überbureaukratie, unter der wir leiden. Das verarmte, mit ungeheuerlichen Entschädigungsverpflichtungen belastete Deutschland seinen wirtschaftlichen Grundlagen bis ins tiefste erschüttert. Deutschland besitzt nur einen Weg zur Gesundung: Sparsamkeit im Verbrauch und Erhöhung seiner produktiven Kräfte.

Der ehemalige Staatssekretär schließt mit der Forderung, das deutsche Volk müsse von seiner Regierung und vom Parlament verlangen, daß sie endlich die dringende Reform der inneren Verwaltung in Angriff nehmen. Denn hierbei handelt es sich um Lebensinteressen des deutschen Volkes, das sein staatliches und wirtschaftliches Leben den neuen Bedingungen seiner Existenz nicht anpassen könne, wenn der vorhandene Verwaltungsapparat unfähig sei, die Anforderungen zu erfüllen, die der Wiederaufbau Deutschlands an ihn stellt.

Bolschewismus und U. S. P. D.

Deutsche Arbeiter sind Kulis!

Seitdem die Delegation der U. S. P. D. aus Rußland zurückgekehrt ist, kriselt es bei den Unabhängigen heftig. Die Delegierten Crispien, Stöcker, Dittmann, Däumig, überzeugte Anhänger der Dritten Internationale geworden und verlangen den Anschluß der U. S. P. D. an diese. Ihre Anhängerschaft in der Partei scheint nicht unbedeutend zu sein. Aber ebenso lehnt sich ein großer Teil gegen den Anschluß an die Dritte Internationale auf. So wird voraussichtlich in kurzem in der darüber entscheidenden Konferenz der Partei-Organisation der Gegensatz offen zutage treten, wenn es nicht sogar zu einer sofortigen Spaltung

Griseldis.

Roman von H. Courths-Mahler.

13] (Abdruck ohne vorherige Vereinbarung nicht gestattet).

Baron Dalheim hatte Vater und Tochter auch erblickt. Ein helles Rot flog über sein hübsches, offenes Gesicht. Es zuckte unruhig in seinen Zügen, und seine Augen blickten einen Moment unschlüssig. Aber dann wandte er plötzlich seinen Blick seitwärts und gab sich den Anschein, als habe er Vater und Tochter nicht bemerkt. Mit einem leichten Zügelruck lenkte er sein Pferd quer in den Wald hinein und ritt schnell davon.

Graf Harro wurde totenbleich. Er wußte sehr wohl, daß ihn Baron Dalheim absichtlich geschnitten hatte. Und er mußte das wehrlos über sich ergehen lassen, durfte ihm nicht nacheilen und Rechenschaft fordern. Jeder seiner Standesgenossen durfte ihm ungestraft so nichtachtend begegnen. Und wenn Fritz Dalheim also tat, dann würden es die anderen sicher auch tun.

Das war nun sein bester Freund und nächster Nachbar.

Er stand reglos und starrte ihm nach.

„Verfemt — geächtet!" stieß er zwischen den Zähnen hervor und rang mit dem tiefen Schmerz in seinem Innern.

„Wie sagst du, Papa?" fragte das Plappermäulchen an seiner Seite.

Er riß sich los von seinen düsteren Gedanken und richtete sich straff auf. Das durfte nicht sein, daß er sich durch derartige Begegnungen aus der Fassung bringen ließ. Damit mußte er sich abfinden. Es würde noch mancher scheu an ihm vorüberstreifen und ihn nicht sehen wollen. Konnte er es ihnen verdenken? Es wußte ja niemand genau, ob nicht dennoch Blut an seinen Händen klebte.

Und er mußte noch manche Bitterkeit hinunterschlucken. Auf dem Rückweg ging er mit Gilda durch das Dorf. Da standen die Leute und starrten ihn an wie ein wildes Tier. Oder sie liefen davon und versteckten sich in ihren Häusern hinter den Fenstern, um ihm neugierig nachzustarren. Einer der Bauern, mit dem er verschiedene Male wegen Wilddiebereien hätte kurzen Prozeß machen können, und den er, seiner Familie wegen, noch immer mit einer ernsten Vermahnung hatte laufen lassen, stand breitbeinig, die Hände in seinen Taschen, vor seinem Hause. Er hielt eine kurze Tabakpfeife zwischen den Zähnen und glotzte dem Grafen mit frechen Augen ins Gesicht. Dann nahm er die Pfeife aus dem Mund und spie aus.

Das konnte Zufall oder Absicht sein. Graf Harro hielt es für Absicht, und der ohnmächtige Grimm über den Frechling machte sein Antlitz bleich wie das eines Sterbenden.

„Ja, ja, unsereinen wird es zum Verbrechen angerechnet, wenn man aus Versehen einen Hasen schießt. Da soll man gleich eingesperrt werden. Aber die hohen Herren laufen frei herum, wenn sie auch einen Mord auf dem Gewissen haben. Die kleinen Sünder hängt man und die großen läßt man laufen," sagte der Bauer zu seiner Frau, die aus dem Hause trat. Graf Harro konnte das zum Glück nicht verstehen, aber er sah es dem Bauern an, daß er eine hämische Bemerkung über ihn machte. Und er mußte das still geschehen lassen. Wie demütigend das für den stolzen Mann war.

Gleich hinter dem Dorfe bestieg er mit Gilda das Auto und fuhr nach Hause zurück.

Er wußte jetzt, wie es war, Spießruten zu laufen.

Mit blassem, gequältem Gesicht kam er zu Hause an.

Er fand auf seinem Schreibtisch die eingelaufene Post, die Komteß Beate für ihn hingelegt hatte. Es waren meist unpersönliche, geschäftliche Schreiben. Nur ein langes, schmales Kuvert war dazwischen, das eine persönliche Note trug und ihn interessierte. Er wog es unschlüssig in der Hand. Das Kuvert trug oben in der linken Ecke einen feinen, schlichten Aufdruck: „Stift St. Marien, Thüringen." Und die Handschrift kannte er auch. Das war ein Brief von der Oberin des altadeligen Damenstiftes St. Marien, der Gräfin Salitz-Halm, einer entfernten Verwandten seiner verstorbenen Mutter, die mit dieser bis zu ihrem Ende in inniger Freundschaft verbunden gewesen war.

Die Gräfin Salitz-Halm war jedes Jahr einige Wochen zu Besuch seiner Mutter in Treuenfels gewesen, wenn sie sich von ihren Pflichten als Oberin des Stiftes hatte freimachen können. Und Graf Harro hatte in ihr eine Frau von feinem Geist und großer Herzensgüte verehrt. Er wußte, ihr Wahlspruch war: „Alles verstehen, heißt alles verzeihen."

Seit seiner Mutter Tode hatte er sie nicht wiedergesehen. Sie nahm seine Einladungen nicht an, und er wußte, daß sie es Alices wegen nicht getan hatte, deren Wesen ihr unsympathisch gewesen war. Zuweilen, bei festlichen Anlässen, wechselte er kurze Briefchen mit ihr, und da sie Gildas Patin war, erkundigte sie sich zuweilen nach dem Ergehen des Kindes. Seit das Unglück über ihn hereingebrochen war, hatte er nichts mehr von ihr gehört.

Und nun hielt er ein Schreiben von ihr in der Hand. Was mochte sie von ihm wollen? Ehe er es öffnete, vergegenwärtigte er sich das Bild der gütigen, feingeistigen Frau. Er sah sie ganz deutlich vor sich. Sie hatte seiner Mutter so ähnlich gesehen mit ihrem vollen, schönen weißen Haar, das sich von ihren [illegible] Seidenkleidern wirkungsvoll abhob. Auch die lebhaften [illegible] Augen hatten einen Gegensatz zu dem weißen Haar gebildet genau wie bei seiner Mutter.

„Ach Mutter — Mutter — wüßtest du wie dein Sohn [illegible] Nein, — es ist besser, daß du es nicht weißt," dachte er.

Und das Bild der Oberin vermischte sich mit dem der Mutter zu einem einzigen.

Sie war ihm auch immer in einer mütterlich-gütigen Art begegnet. Und alle Menschen, die mit ihr in Berührung kamen, hatten sie gern und verehrten sie. Bei ihren Stiftsdamen [illegible] sie nicht anders wie Mutter Anna, und diesen Ehrennamen hatte sie zu verdienen. Mit einem tiefen Atemzuge öffnete er [illegible] den Brief. Was mochte er enthalten? Sagte auch sie [illegible] ihm los? Sicher war doch durch die Zeitungen von allem [illegible] gedrungen zu ihr.

Er faltete das Schreiben auseinander und las:

„Mein lieber, lieber Harro! Heute will ich an [illegible] Recht geltend machen — das Recht der besten und [illegible] Freundin Deiner Mutter. Sie kann heute nicht bei [illegible] mit ihrem Trost und ihrer Liebe — und mit ihrem Gebet [illegible] Dich. Und ich denke mir, daß Du das gerade in diesen [illegible] Tagen doppelt nötig brauchen würdest. Laß mich nun an [illegible] lieben, teuren Mutter Stelle zu Dir sprechen, mein lieber [illegible]

Ich habe von allem gehört, was in den letzten Wochen [illegible] Dich gekommen ist, und es hat mich geschmerzt, daß ich [illegible] helfen konnte. Heute vernahm ich nun, daß man Dich [illegible] sprochen hat — freigesprochen aus Mangel an Beweisen.

Was das für einen Mann, wie Du bist, bedeutet, [illegible] Ich fühle, daß das an Dir fressen und zehren muß. [illegible] halb drängt es mich, Dir an Deiner guten Mutter Stelle [illegible] Wort zu sagen.

Verzweifle nicht, mein lieber Harro. Wer Dich [illegible] ich Dich kenne, der wird nicht einen Moment an Dir [illegible] wie ich es nicht getan habe. Ich weiß, daß Du [illegible] weißt, daß Du eines feigen Meuchelmordes unfähig [illegible]

Laß Dich nicht niederdrücken dadurch, daß noch [illegible] diese so schreckliche Begebenheit kam. Gottes Mühlen [illegible] langsam, aber sicher. Er wird alles zu einem guten [illegible] und Deine Unschuld an den Tag bringen. Vertraue auf [illegible] Dich nicht verbittern, mein lieber Harro, und hebe [illegible] Dein Haupt im Bewußtsein Deiner Unschuld. Ich weiß, [illegible] Du reines Herzens bist, daß Du solch eine grausige Schuld [illegible] auf Deine Seele geladen hast.

(Fortsetzung folgt.)

der Partei kommt. Man sollte annehmen, daß die Moskauer Delegierten zur Begründung ihrer Agitation für den Anschluß das von dem Sowjetregiment bisher Erreichte und die Zustände in Rußland im rosigsten Lichte gegen würden. Sie scheinen aber allein auf die Kraft des Terrors zu bauen und alles Tatsächliche gering zu achten. Somit würde nicht der Delegierte Wilhelm Dittmann in seinem Artikel mit so beredten Worten die russischen Zustände als die denkbar schlechtesten und ungemütlichsten für die Arbeiterschaft kennzeichnen. Seine Schilderungen knüpfen sich an die Auswanderung von 120 deutschen Industriearbeitern, von denen einige aus Berlin und Umgebung stammen, nach der Maschinenbauanstalt in Kolomna bei Moskau. Die Delegation fuhr mit diesen Arbeitern auf demselben Dampfer von Stettin nach Reval und besuchte sie späterhin in der Kolomnaer Fabrik. Von diesen 120 Mann wollten damals achtzig Mann bereits wieder nach Deutschland zurück, weil die Lebensverhältnisse so seien, daß sie nicht leben könnten. Einige seien schon im Krankenhaus, hätten Blut gespuckt und Blut in den Abgängen, das Brot sei ungenießbar und voller Fäkalien, die Unterkunft schlecht. Dabei bekämen die deutschen Arbeiter größere Rationen als die russischen. Auf die dringende Verwendung der Delegierten versprach man ihnen, den Arbeitern Erleichterungen zu verschaffen und denjenigen, die nach Hause wollten, die Heimreise zu ermöglichen. Aber in Abwesenheit der russischen Führer fiel von anderer Seite der russische Ausspruch: „Wir können chinesische Kulis und deutsche Arbeiter nicht verschieden behandeln."

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Bankbeamtenbewegung.) Der Reichsverband der Bankleitungen hat sich unter Zurückstellung schwerwiegender Bedenken entschlossen, den Schiedsspruch vom 24. Juli 1920 über die Grundlagen eines Reichstarifs im Bankgewerbe unter der Bedingung anzunehmen, daß 1. die Überstundenvergütungen feste Sätze bleiben, 2. die Arbeitszeit in dem im Schiedsspruch vorgesehenen Ausmaß einwandfrei dahin klargestellt wird, daß sie (einschl. einer halbstündigen Pause bei durchgehender Arbeit) 8 Stunden täglich, am Sonnabend 6 Stunden ohne Pause beträgt, 3. die Kinderzulagen auf eheliche Kinder beschränkt werden, 4. die Unkündbarkeit nach 12 Dienstjahren fortfällt. Er hat sich ferner bereit erklärt, die Verheiratetenzulage, die der Schiedsspruch auf 1800 Mark festgesetzt hat, in der bisherigen Höhe von 2580 Mark zu belassen. Die Angestellten erkennen den Schiedsspruch auch nur bedingt an und haben noch mehrere Forderungen. Auf Grund der Einwände von beiden Seiten dürften die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium neu aufgenommen werden, so daß sich in dem jetzigen Verhältnis zwischen Bankleitung und Angestellten im Monat September wohl nichts ändern wird.

Stuttgart. (Nothilfe im Steuerstreik.) Im Proteststreik gegen den Steuerabzug wurde der Einsatz der Technischen Nothilfe zur Verrichtung von Notstandsarbeiten bisher notwendig in Stuttgart, wo insgesamt 300 Nothelfer im städtischen Elektrizitätswerk, im städtischen Gaswerk und als Totengräber arbeiten, und in der Überlandzentrale Alt-Württemberg bei Ludwigsburg. Ferner hat die Nothilfe in Eßlingen den Betrieb des Elektrizitätswerkes und in Hanau den Betrieb des Gaswerkes, des Elektrizitätswerkes und des Wasserwerkes übernommen. — Eine Betriebsversammlung der Arbeiterschaft Groß-Stuttgarts hat anerkannt, daß der Kampf nicht um den Steuerabzug gehe, und daß die Arbeiterschaft den Steuerabzug anerkenne. Die Regierung antwortete, daß sie auf dieser Grundlage zu Verhandlungen bereit sei. Die Forderung der bedingungslosen Anerkennung des Steuerabzuges vom Lohn wird von der Regierung aufrechterhalten.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Börsenplätze		31. 8. Geld	31. 8. Brief	30. 8. Geld	30. 8. Brief	Stand 1. 8. 14	
Holland	Gulden	1583,50	1586,60	1583,40	1586,60	170	Mk.
Dänemark	Kronen	719,25	720,75	709,80	710,70	112	"
Schweiz	Frank	—	—	—	—	72	"
Amerika	Dollar	49,70	49,80	49,07½	49,17½	4,40	"
England	Pfund	176,05	176,45	175,30	175,70	20,20	"
Frankreich	Frank	344,65	—	343,50	343,85	80	"
Italien	Lire	228,25	228,75	229,25	229,75	80	"
Dt.-Österreich	Kronen	—	22,28	22,34½	22,40½	85	"
Ungarn	Kronen	22,22	20,14½	19,98	20,02	85	"
Tschechien	Kronen	82,02½	82,22½	81,80	82,—	85	"

Berliner Produktenverkehr am 31. August. Nichtamtlich sind folgende Preise in Berlin ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Viktoriaerbsen 175—210 Mark, kleine gelbe und grüne 130—150 Mark, Futtererbsen 105—125 Mark, Peluschken 95—110 Mark, Ackerbohnen 110—125 Mark, Wicken 90—105 Mark, Lupinen 55—60 Mark, Raps 285 Mark, Rübsen etwa 5—10 Mark mehr, Leinsaat 300—310 Mark, Mohn 390—425 Mark, Senf 210—225 Mark, Senfsaat 160—180 Mark, Hirse ausländische 150—170 Mark, Mais Sept.-Okt. 145—146 Mark, ab Hamburg, Nov.-Dez. 140 Mark, Reis, Brasilvollreis Septbr. 7,30 Mark, Oktober 7,10 Mark, Burmareis Septbr. 7,85 Mark frei Kaiwagen Hamburg. Serradella 40—55 Mark, Trockenschnitzel 68—72 Mark, Torfmelasse 60—64 Mark, Häckselmelasse 50—55 Mark, Haferschalenmelasse 53—60 Mark, Futterheu, lose 21—23 Mark, Kleeheu 30—32 Mark, Stroh, drahtgepreßt 12,75—13,75 Mark, gebündelt 11,— bis 12,— Mark.

* **Preissenkungen auf der Leipziger Messe.** Der zweite Tag der Herbstmesse ließ das Geschäft auf einigen Gebieten im Vergleich mit dem ersten Tage stärker aufleben. Die Käufe blieben vorsichtig. Gegenüber den Preisen vor der Messe konnten wesentliche Preisnachlässe festgestellt werden. Ein ansehnliches Geschäft wird auf der Textilmesse vermerkt, und ähnlich lauten die Berichte von der Schuh- und Ledermesse. Im übrigen werden, was die keramische Industrie, die Beleuchtungsindustrie, Spielwaren, Lederwaren, Galanteriewaren, Musikinstrumente, Bijouterien usw. angeht, noch zurückhaltende Urteile abgegeben.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 1. September.

* In der gestrigen Stadtverordnetensitzung waren 11 Stadtverordnete anwesend, der Magistrat durch Stadtverordneten Oskar Schramm und die Magistratsschöffen Engstein und Otto Schramm vertreten.

Die Tagesordnung wies 11 Gegenstände auf, welche alle sofort erledigt wurden.

1. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten. In Behinderung des Bürgermeisters erstattet diesen Bericht Magistratsschöffe Augstein. Danach hatte die Stadt im Berichtsjahre 5095 Einwohner; an Geburten waren 73, an Sterbefällen 53 und an Eheschließungen 79 zu verzeichnen. Obdachlose mußten 32 untergebracht, wegen Diebstahls und Einbruch 18 Personen bestraft werden. Die zu bewältigende Arbeit der Polizei- und Kommunalbeamten war eine große. 4750 Mk. wurden aus der Johanna Remy-Stiftung an Kriegerwitwen und andere bedürftige Personen verteilt. Der Bericht behandelt sodann die Arbeit des Krankenhauses, der Krankenkasse für den Dillkreis, der Vereine und Banken usw. und schließt mit der Mitteilung, daß das Vermögen der Stadt incl. von Gebäuden, Grundstücken und des Wasserwerks 2 317 092 Mk. beträgt und an Schulden 1 128 640,67 Mk. vorhanden sind. Der Herr Stadtverordneten-Vorsteher dankt dem Magistrat namens der Versammlung für diese Ausführungen.

2. Festsetzung des städtischen Haushaltsetats. Nachdem die Berichterstatter der verschiedenen Kommissionen, die den Etat vorberaten haben, in 1¼stündigen Ausführungen ihre Arbeit erledigt hatten, genehmigt die Versammlung den Haushaltsplan so wie er vorliegt und zwar einstimmig.

3. Stellungnahme zu den Beschlüssen, denen der Magistrat seine Zustimmung versagt hat. Dazu gehört die Besoldungsordnung, die Vergütung der Angestellten und die Bürgermeisterangelegenheit. Der Versammlung wird mitgeteilt, daß der Magistrat diese Vorlage von der heutigen Tagesordnung abgesetzt zu haben wünscht und der Beschluß über die Bürgermeisterangelegenheit nicht anerkannt werden könne, weil diese Vorlage nicht auf der Tagesordnung gestanden habe und auch die Dringlichkeit nicht herbeigeführt worden sei. Stadtv. Kuhn stellt den Antrag, den Dringlichkeitsbeschluß heute herbeizuführen, damit die Sache endlich einmal aus der Welt geschafft werde. Stadtv. Baumann bemerkt, daß der Antrag Kuhn in der letzten Sitzung wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen und die ganze Sache vorbereitet gewesen ist und das sei Terror, Vergewaltigung der Minderheit und er werde, wenn wieder so etwas vorkomme, fortgehen. Die Stadtv. Schumann und Dr. Schütz wenden sich gegen die Dringlichkeit des Antrages Kuhn. Bei der Abstimmung für die Dringlichkeit werden 8 Hände erhoben. Vor der nunmehr folgenden Abstimmung über den Antrag Kuhn, der mit 8 Stimmen zur Annahme gelangt, verlassen die Stadtv. Baumann, Schumann und Dr. Schütz den Saal.

4. Bericht des Ausschusses und Beschlußfassung betreffend Aenderung der Untersätze für Erwerbslosenfürsorge. Dieser Gegenstand hat bereits die letzte Sitzung beschäftigt und wird heute wie vorliegend angenommen.

5. Verkauf eines Geländestreifens zwischen dem Neuendorff'schen und dem Postgrundstück. Nach der Magistratsvorlage soll dieser Streifen freihändig und zwar zum Preise von 500 Mk. pro Rute an Herrn Finkernagel verkauft werden, was die Versammlung genehmigt.

6. Die Anstellung von 2 Hilfshütern wird, wegen der immer mehr zunehmenden Felddiebstähle, genehmigt.

7. Aenderung der Baupolizeigebührenordnung wird so, wie sie vorliegt, beschlossen und ebenso

8. Die Erhöhung des Wassergeldes für gewerbliche Betriebe wie vom Magistrat vorgeschlagen, angenommen.

9. Genehmigung des Vertrages betr. Gründung einer landwirtschaftlichen Lehranstalt in Herborn. Hierbei handelt es sich nur noch um eine Formsache, denn der Beschluß über die Errichtung des Instituts wurde ja schon in einer früheren Sitzung gefaßt. Nach Verlesung des Vertrages erteilt die Versammlung demselben ihre Zustimmung.

10. Beschaffung von Ersatzmaterialien. Dieselben werden für das Wasserwerk etc. gebraucht. Kostenpunkt 2563,45 Mk.; wird genehmigt.

11. Beleuchtungsanlage in dem städtischen Hause in der Fuchsenhöhle. Dringend notwendig. Kostenpunkt 2500 Mk.; wird genehmigt.

Stadtv. Stahl teilt mit, daß er das Amt des Schriftführers nicht mehr weiter verwalten könne und ersucht recht bald für Ersatz zu sorgen; darauf Schluß der Sitzung um 10 Uhr.

* Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Vom 1. September 1920 ab treten an Stelle der Wagenstandgeldsätze von 10, 50 und 100 Mk. folgende neue Sätze: 10 Mk. für die ersten 24 Stunden, 30 Mk. für die zweiten 24 Stunden und 50 Mk. für jede weiteren 24 Stunden.

* Der Herr Regierungspräsident veröffentlicht folgende Warnung: Mehrere Unfälle lassen darauf schließen, daß die während des Krieges zur Anfertigung von Kartuschbeuteln im Auftrage der Heeresverwaltung hergestellten Gewebe später in den Handel gekommen sind und u. a. unter der Bezeichnung „Kunstseide" vertrieben werden. Diese Stoffe verbrennen entsprechend ihrem eigentlichen Verwendungszweck bei Entzündung, ja sogar schon bei Erwärmung, überaus heftig, unter Umständen explosionsartig. In einem Falle ging einem Arbeiter plötzlich, vermutlich durch eine Zigarette, das aus derartigem Stoff gefertigte Hemd in Flammen auf. Der Arbeiter erlag den hierdurch erlittenen Brandwunden. In einem anderen Falle explodierte der als Futter zu einem Bekleidungsstück verwendete Stoff beim Plätten, wodurch großer Schaden verursacht wurde. Ich mache hiermit auf diese Gefahren aufmerksam und warne vor dem Ankauf und der Verwendung dieser fälschlich als Kunstseide bezeichneten Kartuschbeutelstoffe. In Zweifelsfällen ist ein etwa fingerlanges und zwei Finger breites Stückchen des Stoffes anzuzünden; Pulvergeruch brennt dann fast augenblicklich ab. Wegen dieses schnellen Abbrennens ist der Versuch abseits von anderen leicht brennbaren Gegenständen, insonderheit von dem auf Lager befindlichen Stück des Gewebes und so anzustellen, daß das zu verbrennende Gewebestückchen nicht zwischen den Fingern gehalten wird. Schließlich weise ich darauf hin, daß Kartuschbeutelstoffe, die bei der Verbrennungsprobe plötzlich verbrennen, Sprengstoffe sind, für deren Besitz und Vertrieb ein Sprengstofferlaubnisschein nötig ist (Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 R.G.Bl. S. 61) und daß Verstöße gegen dieses Gesetz mindestens mit Gefängnis von drei Monaten bestraft werden.

* (Günstige Aussichten für einen Beruf.) Für Eltern von Söhnen wird es interessant sein, zu hören, daß sogar amtlich wieder einmal eine Laufbahn empfohlen wird. Es wird bekanntgegeben: Die nunmehr zum Abschluß gekommene Besoldungsordnung für die Reichsbankbeamten hat zur Folge, daß die Reichsbanklaufbahn wieder wie früher sehr günstig geworden ist. Jungen, gebildeten Kaufleuten, die mindestens die Obersekundareife haben, bereits 3½ Jahre kaufmännisch tätig gewesen und nach Abzug des vor dem Kriege zurückgelegten Dienstjahres und der Zeit der Kriegsteilnahme bei der Einberufung höchstens 26 Jahre alt sind, bietet sich demnach die Möglichkeit einer gesicherten, auskömmlich bezahlten Lebensstellung.

Marienberg. Durch den Mangel an Steinkohlen soll jetzt endlich die Braunkohle zu Ehren kommen. Man will sie als Hausbrand, in den Hochöfen und zur Herstellung von Benzin und dergleichen verwenden. Vor etwa 60 Jahren bereits war übrigens bei Höhn von einem Engländer eine Fabrik zur Gewinnung von Teer aus den Braunkohlen errichtet worden, welche aber wegen der großen Transportschwierigkeiten nicht lange bestand. Für den Westerwald bedeutet dieses Interesse an den Braunkohlen einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung, umsomehr, als das Eisenbahnnetz die Haupbraunkohlengegenden berücksichtigen wird. Im ganzen Westerwald sind Braunkohlen vertreten. Manchmal liegen sie fast an der Erdoberfläche zwischen Tonschichten, die tiefsten Lager befinden sich etwa 100 Meter unter der Erde. Unsere Braunkohle ist nicht zu vergleichen mit derjenigen der Kölner Gegend, sie ist vielmehr eine harte Lignitkohle und holzhaltig, und manchmal kann man noch die Verästung des ehemaligen Holzes in ihr erkennen. Sie läßt sich nicht leicht zu Brikets formen, weil sie zu hart ist. Um die aus der Erde kommenden größen Stücke handlich zu machen, wurden schon allerhand Versuche gemacht, ohne besonderen Erfolg. Man hat die Stücke zersägt und zerstampft, aber die Versuche wurden wieder eingestellt. Die hauptsächlichsten Braunkohlenvorkommen liegen im Nistergebiet bei Höhn und um Marienberg, also auf dem linken und rechten Nisterufer. Hier sind die Flöze am stärksten, bis zu 3 Meter, und hier ist auch die Braunkohle am gesuchtesten. Weitere seither abgebaute Kohlenbergwerke befinden sich um Westerburg. Hier sind die Flöze nicht mehr so mächtig, etwa 1—2 Meter, doch treten auch hier schon solche von über 4 Meter auf. Bei Gaaden wurde kurz vor dem Kriege auf der Grube Vullan eine große moderne Förderanlage gemacht, und eine Drahtseilbahn nach dem Bahnhof Kölbingen errichtet. Wegen großen Wasserandrangs, worunter Braunkohlenbergwerke viel leiden, wurde der Betrieb eingestellt. Jetzt ist das Bergwerk an die Stadt Stuttgart übergegangen, die den Betrieb wieder einrichten will.

Siegen, 31. Aug. (Die Charlottenhütte wieder im Betrieb.) Das Werk hat gestern früh den Betrieb wieder aufgenommen, nachdem die Verhandlungen zum Abschluß geführt worden sind.

Frankfurt. Die Frankfurter Brauereien stellen ab 1. September wieder Friedensbier mit 8 Prozent Stammwürze her. Trotz der erhöhten Unkosten tritt jedoch eine Preissteigerung für den Gerstensaft nicht ein.

+ Frankfurt, 31. Aug. In den letzten Nächten überfielen Eisenbahnräuber zwischen Bonames und Frankfurt am Westbahnhof den von Gießen kommenden Eilgüterzug, indem sie während der Fahrt unbemerkt aufsprangen und die Wagen beraubten. Gestohlen wurden in der Hauptsache Zigaretten von hohem Werte, die von den Dieben zunächst auf dem Heuboden des Metzgers Lilien in Hausen versteckt wurden. Der von der Polizei seit langer Zeit gesuchte Fuhrmann Wilhelm Thonius aus Braunheim hatte das Gut dorthin gebracht. Bis jetzt sind 4 Beteiligte in Haft genommen, weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Metzger Lilien spielte bekanntlich eine Hauptrolle in den großen Viehdiebstahl- und Hehlerprozessen, die kürzlich mehrere Tage lang die hiesige Strafkammer beschäftigten; gegen Lilien mußte damals die Verhandlung vertagt werden, weil er vollständig betrunken war und man Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit hatte.

+ Frankfurt, 31. Aug. Hier und in Wiesbaden wurden eine Anzahl Personen festgenommen, die aus Magnesium, Alaun und Bittersalz eine Mischung herstellten, die sie als Kokain zu Preisen bis 16 000 Mk. für das Kg. im Schleichhandel veräußerten. Größere Mengen der Mischung sowie Etiketten und gefälschte Stempel, mit denen die Ware als echt hingestellt wurde, konnten beschlagnahmt werden. Kokain braucht man bei schweren Operationen zur örtlichen Betäubung; man kann daraus ermessen, welches Unheil durch die Fälschungen angerichtet wird.

+ Frankfurt. Ein Großindustrieller hinterließ seinen drei Söhnen ein Erbe von nicht weniger als 20 Millionen Mark. Diese Summe wäre eine ganz nette Erbschaft gewesen, wenn nicht die langen Steuerfinger dazwischen gegriffen hätten. Durch die vielen X-Steuergesetze verblieben den drei Erben im Ganzen 2 Millionen Mark, die anderen 18 Millionen steckte der Staat als glücklichster Erbe ein. Da die Erben selbst vermögend sind, wird die restliche Erbschaft noch einmal eine Siebung erfahren.

Wiesbaden. Der Mord an dem Schriftsetzer Ludewig und der zwei Tage später erfolgte Mord an der 18jährigen Agnes Kretzer sind insofern aufgeklärt, als es sich beide Male bei den Tätern um Angehörige der französischen Besatzungstruppen handelt. Die beiden vermutlichen Täter, Marokkaner, sind bereits in Haft genommen und die weitere Verfolgung der Angelegenheit, hat die französische Behörde selbst übernommen. Auf Veranlassung der französischen Behörde werden jetzt bei nächt-

lichen Streifen Mädchen, die sich mit Soldaten herumtreiben, festgenommen.

+ **Bad Kissingen**, 31. Aug. Durch die abnorme Steigerung der Verpflegungskosten werden aus dem hiesigen Bad viele Kurgäste nach kurzem Aufenthalt weggetrieben. Die Besucherzahl ist in einem Rückgang begriffen, sodaß verschiedene Kurhausbesitzer sich bereits mit der Absicht tragen, ihre Zimmer in Mietswohnungen umzuwandeln.

+ **Köln**, 31. Aug. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, den alten Veteranen der früheren Feldzüge, sowie den bedürftigen Witwen solcher Kriegsteilnehmer eine städtische Ehrengabe im Betrage von je 100 Mark auszuzahlen. Innerhalb der nächsten 14 Tage sol. dieser Betrag bereits ausgezahlt werden.

+ **Koblenz**, 31. Aug. Um der gefährdeten Sicherheit der Besatzungstruppen vorzubeugen, untersagt die interalliierte Rheinlandkommission in den Kreisen Ludwigshafen, Neuß, Mörs und Krefeld für zwei Monate solche Versammlungen, Zusammenkünfte und Sitzungen, die die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden. Die Vertreter der Rheinlandkommission werden auch, falls es sich als nötig erweisen sollte, das Recht haben, den Aufenthalt auf der Straße während der Nachtzeit zu verbieten.

Kassel. Der Kasseler Bürgerbund hat an den Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen das Verbot der Orgesch schärfsten Einspruch erhebt, da diese Organisation alle vaterländisch gesinnten Deutschen zusammenfassen, die Versöhnung der Volksklassen und den Wiederaufbau Deutschlands fördern wolle und vor allem die Sicherheit der Verfassung und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unter Abwehr jeden Putsches von links und rechts sich zum Ziele gesetzt habe. Aus diesen Gründen müsse das Verbot der Orgesch unbedingt aufgehoben werden, andernfalls würde in weiten Kreisen der ordnungsliebenden Bevölkerung das Vertrauen zu der Unparteilichkeit der Staatsregierung ernstlich erschüttert.

Eschwege. Der Kreistag beschloß mit 12 gegen 3 Stimmen bei 6 Enthaltungen, dem Staatsministerium den sozialdemokratischen Parteisekretär Johannes Struve, der gegenwärtig Magistratsbeamter in Kassel ist, als Landrat für den Kreis Eschwege vorzuschlagen.

---

o **Deutscher Seeverkehr nach Brasilien.** Der Norddeutsche Lloyd nimmt am 25. September den regelmäßigen Dienst nach Brasilien wieder auf. In die neue Linie werden zunächst die Dampfer Vegesack und Bremerhaven, die auf der Bremer Werft Vulkan in Vegesack ihrer Vollendung entgegengehen, eingestellt. Der Dienst wird am 25. September durch den Dampfer Vegesack eröffnet, der ab Bremen-Hamburg nach Rio de Janeiro und Santos, bei genügendem Ladungsangebot auch nach anderen Häfen Brasiliens, geht. Dampfer Bremerhafen folgt am 23. Oktober.

o **Hochwasserverheerungen.** Die ganze Oderniederung ist, wie aus Stettin berichtet wird, überschwemmt. Die Chausseen sind für den Fuhrwerksverkehr teilweise unterbrochen. Das bereits gemähte Heu schwimmt zusammen mit dem auf dem Felde befindlichen Ackergerät die Oder abwärts. Der Schaden, der durch das Hochwasser entstanden ist, dürfte gerade auf den ausgedehnten Gemüsefeldern der Oderniederung dörfer sehr bedeutend sein. — Infolge des anhaltenden Regens sind einige Nebenflüsse der Donau, wie die Traun und die Enns, über ihre Ufer getreten und haben weite Flächen Land überschwemmt und auch einige Ortschaften teilweise unter Wasser gesetzt. An Wohnungen und Kulturen wurde großer Schaden angerichtet.

o **Der Schwiegersohn Hindenburgs bestohlen.** In das Schloß Groß-Justin bei Kolberg bei dem Schwiegersohn des Feldmarschalls Hindenburg, dem ehemaligen Kolberger Landrat v. Brockhusen sind Einbrecher eingedrungen und haben das ganze Familiensilber im Werte von 60 000 Mark geraubt.

o **Handel mit Zuckerkarten.** Im Kreise Beeskow wurden seit einiger Zeit beträchtliche Mengen an Zucker über die dem Kreise zugeteilte Menge verbraucht. Da man die Angelegenheit durchaus nicht klären konnte, entsandte das Landespolizeiamt einen Kriminalbeamten. Diesem gelang die Festnahme des Zuckerkartenhändlers in der Person des beim Landratsamt angestellten 19jährigen Bureaugehilfen Gärtner. Er hatte entwertete Zuckerkarten gestohlen und weiter verkauft. Nach seinem Geständnis habe er für die 700 Gramm-Karte bis 6,50 Mark erhalten und es hätten sich so viel Zuckerliebhaber an ihn gewandt, daß er die Karten stets in kürzester Zeit abgesetzt habe.

Letzte Nachrichten

Oberschlesien.

Beuthen, 1. Sept. (T. U.) Die Lage im Kreise Kattowitz. Die Ereignisse der letzten Wochen wirken gegenwärtig in ihrer allgemeinen Unsicherheit und den täglichen Verbrechen nach. So wurden gestern im Hindenburger Kreise drei Landjäger auf einer Streife angegriffen und erschossen. Ein Rechnungsführer und ein Lehrer aus Michaltowitz wurden gestern verschleppt, ihr Aufenthaltsort ist noch unbekannt. Auf den meisten Bahnhöfen, besonders in Kattowitz wird seitens der französischen Truppen eine äußerst strenge Kontrolle und Waffendurchsuchung vorgenommen. Die „Kattowitzer Morgenzeitung", die einen Tag freigegeben war, ist wieder verboten worden. Die Durchsuchung des Polizeipräsidiums in Kattowitz wird heute von interalliierter Seite auf ein Versehen zurückgeführt. Im Kattowitzer Kreise ist es ruhig, der Polizeidienst befindet sich jedoch in den Landgemeinden fast durchweg in den Händen der Polen. Eine Grenzkontrolle besteht nicht mehr, die Grenze ist vollkommen offen. In den Städten sieht man bereits die blaue Abstimmungspolizei in der Uniform der Sicherheitspolizei mit den blauen Aufschlägen. Die Entschädigungsansprüche werden in großer Zahl eingereicht. Die Polen fordern von der Stadt Kattowitz vier Millionen Geldbuße, zu der nur die deutschen Bewohner herangezogen werden sollen.

Breslau, 1. Sept. Die Breslauer Vorgänge und die Studentenschaft. Der „Schlesischen Zeitung" zufolge, waren die Vertreter des allgemeinen Studentenausschusses der Universität Breslau gestern beim Oberpräsidenten für Schlesien, Zimmer, um eine Klärung der gegen die Studentenschaft erhobenen Vorwürfe bei Gelegenheit der Tumulte gegen das polnische und das französische Konsulat in Breslau herbeizuführen. Der Oberpräsident gab im Laufe der Unterhaltung auf Vorstellung der Vertreter der Studenten zu, daß er persönlich die Ueberzeugung habe, daß die Studentenschaft nicht für diese Vorgänge verantwortlich gemacht werden könnte, daß vielmehr eine große Anzahl polnischer Agitatoren, darunter eine große Anzahl polnischer Studenten an der Herbeiführung der Ausschreitungen schuld gewesen sei.

Berlin, 1. Sept. (T. U.) Die französischen Forderungen für die Breslauer Ereignisse. Die gestern von dem französischen Botschafter der deutschen Regierung übermittelten Note fordert die Wiederinstandsetzung des Breslauer französischen Konsulats auf Kosten der deutschen Regierung, Zahlung von hunderttausend Francs als Entschädigung für die Konsulatsbeamten, Bestrafung aller an dem Ueberfalle Beteiligten, sowie disziplinarische Maßregeln gegen die Ortsbehörden, Ehrenbezeugung und Vorbeimarsch einer Kompanie Reichswehr vor der französischen Flagge, disziplinarische Bestrafung des Hauptmanns von Arnim und formelle Entschuldigung aller bisherigen Zwischenfälle durch den Reichskanzler. Ueber die Bestrafung wird binnen acht Tagen Mitteilung verlangt.

Berlin, 1. Sept. Die Beratung der franz. Note im Kabinett. Ueber die Note der französischen Regierung zu den Breslauer Vorgängen ist gestern nachmittag in einer Sitzung des Reichskabinetts eingehend beraten worden. Im Anschluß an die Kabinettssitzung stattete der Reichsminister des Aeußern, Dr. Simons, der französischen Botschaft einen Besuch ab, um über die Einzelheiten der Note Rücksprache zu nehmen. Wie verlautet, hat Dr. Simons nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe von Forderungen der französischen Regierung so schwerer Natur sei, daß die deutsche Regierung sich ihre Stellungnahme noch vorbehalten müsse. Mit diesen Punkten der französischen Note wird sich eine heute Vormittag zusammentretende Kabinettssitzung aufs neue befassen, woran sich dann eine Sitzung des Reichsausschusses für auswärtige Angelegenheiten schließen wird.

*

Stuttgart, 1. Sept. (T. U.) Die Streiklage in den Stuttgarter Großbetrieben. Die gestern vormittag unter dem Vorsitz der württembergischen Regierung abgehaltenen Besprechungen von Vertretern der Arbeitgeber und Mitgliedern der Streikleitung über die Voraussetzungen und Bedingungen zur Beilegung des Streiks haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses erklärten zwar, daß die Arbeiter den Steuerabzug grundsätzlich anerkennen, sie wären aber nicht in der Lage, ausreichende Garantien für die restlose Durchführung dieser ihrer Erklärung zu geben. Die Beratungen wurden gestern abend fortgesetzt. Eine gestern abgehaltene Vollversammlung der Betriebsräte hat beschlossen, den Streik in verschärfter Weise fortzuführen. Die Eisenbahndirektion gibt in einem Erlasse bekannt, daß diejenigen Mitglieder der Verkehrsanstalten, die sich dem Streik angeschlossen haben, als entlassen zu betrachten sind. Die Streiklage hat sich in einigen Städten des Landes, so Göppingen und Geislingen verschärft, im allgemeinen ist aber die Stimmung der Ausständigen nicht sehr zuversichtlich.

Königsberg, 1. Sept. (T. U.) Russischer Funkspruch an Berlin. In einem Funkspruch der Moskauer Regierung an den russischen Vertreter in Berlin Kopp heißt es, daß polnische Truppen die deutsche Grenze überschritten hätten, ohne entwaffnet worden zu sein. Der Vertreter wird angewiesen, Erklärungen von der deutschen Regierung zu verlangen. Wenn die bevorstehende russische Offensive die rote Armee wieder an die Grenze bringen werde, so würde die russische Regierung „dementsprechend" handeln.

London, 1. Sept. (T. U.) Bedeutsame Kämpfe an der südlichen polnischen Front. „Daily Chronicle" läßt sich aus Warschau berichten, daß an der südlichen russisch-polnischen Front sich neue bedeutsame Kämpfe zu entwickeln scheinen. Tyszkowce, 55 englische Meilen nördlich von Lemberg und 45 englische Meilen südlich von Cholm ist nach offizieller Mitteilung von der Reiterei Budjennie eingenommen worden. Man hält die dortige Bewegung der Russen für Vorbereitungen zu Angriffen auf die Gegend nördlich der Festung Lemberg.

Berlin, 1. Sept. Um 800 Waggon feinsten amerikanischen Weizenmehls. Zwischen den deutschen Bäckereigenossenschaften und dem Ernährungsminister wird jetzt ein Kampf um die laufende Einfuhr amerikanischen Weizenmehls geführt. Am heutigen Mittwoch findet die letzte Entscheidung in dieser Sache statt. Es handelt sich um die Lieferung von achthundert Waggons feinsten amerikanischen Weizenmehls, für das der Newyorker Staatsverband der nordamerikanischen Bäckermeister den deutschen Bäckern zwei Monate Kredit gewähren will. Vom deutschen Ernährungsminister wurde mitgeteilt, daß vorderhand nicht beabsichtigt sei, die Einfuhr von Auslandsmehl zu bewilligen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Bed

Anzeigen.

Der Verkauf von **Frühkartoffeln** findet auch am **2. September**, von vormittags **8 Uhr an**, statt.

26 **Kreiswirtschaftsamt.**

Amtliche Bekanntmachung.

Mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten in Coblenz, wird von der **Gemeinde Edingen** für die **Benutzung der eisernen Dillbrücke ein Brückengeld erhoben.**

Die Erhebung des Brückengeldes beginnt mit dem 1. September 1920.

Ulm, Kreis Wetzlar, am 30. August 1920.

3017 **Der Bürgermeister.**

:: Polstermöbel ::

Chaiselongue · Divans · Matratzen

bester Verarbeitung bei 2996

Chr. Arnold, Gießen,

Telephon Nr. 565. **Bahnhofstraße 31.**

Blechkonstruktionen
Behälter
u. s. w.
Bleche jeder Art und Stärke
Rund-, Flach- und Winkeleisen
Albert Knipp,
Herborn. *Telefon Nr. 177.*

Achtung! **Achtung!**

Kaufe am **Donnerstag, den 2. September**, von morgens **8 Uhr** an, bei **Gastwirt Aug. Metzler, Herborn,**

Lumpen auf.

Strichlumpen per Kilogramm Mk. 8,—
Alte Lumpen „ „ „ 0,20

3020 **Hans Becker, Bellersdorf.**

Kaufmännische Ausbildung
Der neue Lehrgang beginnt
Freitag, den 1. Oktober.
Kaufm. Privatschule von Karl Wolf in Siegen
— Ausführliche Schulprospekte kostenlos. —

2 tücht. Schreinergesellen
gesucht.
Mech. Bau- u. Möbelschreinerei,
Ph. Metzler Wwe., Herborn

Für meinen kleinen Haushalt (3 Pers.) ein ordentliches, braves 2936
Dienstmädchen
gegen guten Lohn gesucht — Eintritt möglichst bald. —
Frau **Jakob Rosenthal I.,**
Wetzlar, Bahnhofstr. 34.

Mädchen,
welches an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, bei gutem Lohn und Verpflegung sofort gesucht. 2972
Frau A. Henrich,
Sophienstr. 30, **Wetzlar.**

Zur Stütze der Hausfrau wird sofort ein besseres
Fräulein 3018
bei Familienanschluß und gutem Lohn gesucht.
Mädchen vorhanden.
Hotel Bomhof,
Erndtebrück in Westf.

Knabenmantel
für 10—12-jährigen Knaben zu verkaufen.
Näh. in der Geschäftsstelle ds. Bl. 3013

Kaufmann sucht freundl.
möbliertes Zimmer
mit Frühstück oder voller Pension in **Herborn.**
Angebote befördert unter 3021 die Geschäftsst. d. Bl.

Ziegenmutterlamm
(Saanenziege) 5 Monate alt, zu verkaufen. 3014
Wilhelmstr. 30.

Turnverein Herborn.
Donnerstag, abends 9 Uhr:
Vorstandssitzung.

Braves, ehrliches
Mädchen,
nicht unt. 18 Jahren, welches auch in Kolonialwarengeschäft mithelfen kann, für kleinen Haushalt gesucht.
Frau Lina Weller,
Löhnberg (Lahn).

Einmachbirnen u. Frühäpfel
gibt von 4½—6 Uhr nachmittags ab
Herborner Pumpenfabrik.

Nur für Wiederverkäufer!
Lagerbesuch lohnend!
Ich offeriere:
4 Waggon sofort.
Glas und Porzellan,
25000 Stück
Biergläser
mit und ohne Henkel
Albert Rosenthal
3016 **Nassau** (Lahn).

Alte Metalle
als Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn und Stanniol, kaufe laufend jede Menge zu guten Preisen, auch Lumpen jeder Art.
Otto Becker, Metallgroßhandlung, Siegen i. W.

Brennholz
jede Art u. jedes Quantum kauft
Holzhandlung Wächtershäuser
Bad Homburg v. d. H.

Mitesser
Pickel und andere Hautunreinheiten beseitigt über Nacht Creolin.
Allein bei
Heinrich Meinhardt
(Damenfrisiersalon) Herborn
Fl. Mk 5,50.